zurück RundSchau

Einsammeln heißt noch nicht - Entwaffnen

Forscher warnen vor Fallen bei Nato-Mission / Risiko für Zivilisten / Friedensverbände appellieren an Bundestag

Von Knut Pries und Ursula Rüssmann

Der Nato-Plan für die Einsammlung der Waffen albanischer Freischärler in Mazedonien birgt nach Analysen des Berliner Instituts für Transatlantische Sicherheit (Bits) erhebliche Risiken und Unwägbarkeiten. Mehrere Friedensorganisationen appellierten gemeinsam an die Abgeordneten des Bundestags, die Teilnahme der Bundeswehr an der Mission abzulehnen.

BERLIN/FRANKFURT A. M., 20. August. Das Berliner Institut bezieht sich in seiner Untersuchung auf den "Weapons Collection Plan" der Operation "Essential Harvest", bei der 3500 Nato-Soldaten - darunter bis zu 500 deutsche - im Einsatz seien sollen. Zweifel seien angebracht im Hinblick auf Umfang und Art der Bewaffnung, schreibt Bits-Leiter Otfried Nassauer in seiner Bewertung des Konzepts. So habe die Rebellen-Truppe UCK gegenüber Nato-Vertretern die Bereitschaft bekundet, 2300 Waffen abzuliefern. Das passe nicht zu Schätzungen der Regierung in Skopje und westlicher Geheimdienste über die tatsächliche Zahl bewaffneter Freischärler, die zwischen 3500 und 8000 schwankten. "Eine realistische Schätzung, was eingesammelt werden muss, um die UCK tatsächlich zu entwaffnen, liegt zwischen 7000 und 12 000 Waffen."

Eine zweite Schlüsselfrage gilt aus Sicht von Bits dem Verhalten anderer bewaffneter Gruppierungen, vor allem der "Albanischen Nationalen Armee" (ANA), die das Abkommen der wichtigsten mazedonischen Parteien nicht unterzeichnet haben. Es bestehe das Risiko, dass die ANA ihren Kampf für Groß-Albanien fortsetze. Dem könnten sich womöglich auch UCK-Kommandos anschließen, die sich an die Verpflichtungen ihrer Führung nicht gebunden fühlen. Schließlich sei die Zivilbevölkerung gefährdet, wenn sich die regulären mazedonischen Truppen während "Essential Harvest" in die Kasernen zurückzögen, das Nato-Kontingent aber keinen Auftrag zum Schutz Dritter habe.

Nach dem bisherigen Mandat sei daher unwahrscheinlich, dass die Operation in den vorgesehenen 30 Tagen für eine substanzielle Entwaffnung sorgen könne. Dazu würden nach Lage der Dinge mehr Zeit und eine größere Einsatztruppe nötig sein. Die Führungsstruktur der Nato-Einheiten sei bereits auf eine derartige Verstärkung angelegt, sagte Nassauer der *FR.*

Auch mehrere Friedensorganisationen machen wenige Tage vor der erwarteten Sondersitzung des Bundestags Front gegen den Nato-Einsatz in Mazedonien und dringen stattdessen auf zivile Initiativen. In einem offenen Brief fordern der Versöhnungsbund, das Komitee für Grundrechte und Demokratie und das Netzwerk Friedenskooperative die Bundestagsabgeordneten auf, gegen eine Bundeswehr-Beteiligung zu stimmen. Es sei zu befürchten, "dass aus dem Einsammeln von Waffen ein Kampf mit Waffen" wird, argumentieren die Initiativen in dem am Montag veröffentlichten Schreiben. Auch sei die Nato "als Konfliktschlichter ungeeignet, da sie die kosovo-albanische UCK unterstützte und deren grenzüberschreitende Aktionen nach Serbien und Mazedonien nicht verhinderte". Die Friedensorganisationen verlangen stattdessen eine politische Lösung. Dazu müsse der UN-Sicherheitsrat den Vereinten Nationen und der OSZE ein Mandat erteilen und Mittel bereitstellen.

Zu breiten Aktionen gegen den Mazedonien-Einsatz am 1. September, dem Antikriegstag, ruft die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) auf. IMI spricht von einem "Harakiri-Militäreinsatz": Es gehe "um die dritte langfristige Stationierung von Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan", warnt die Organisation. Sie sieht nach jüngsten Forderungen aus der CDU, das Parlament bei Bundeswehreinsätzen nicht mehr mitentscheiden zu lassen, die "höchste Alarmstufe" erreicht.

Mit dem Nein zum Nato-Einsatz in Mazedonien votiere die Friedensbewegung "nicht für Abwarten und Nichts tun", betont Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative. Gerade die EU könne sich nichtmilitärisch deutlich konstruktiver in Mazedonien einmischen, erklärt er. So sollten die Auslandskonten der UCK gesperrt und auf diese Weise deren Waffenkäufe unterbunden werden; mafiöse Strukturen müssten eingedämmt und Mazedonien Perspektiven zur Integration in die EU geboten werden. Vor allem aber sieht Stenner Nachholbedarf bei Programmen zur Stärkung der multiethnischen Zivilgesellschaft: Aufklärende Medien müssten gefördert, Kooperationen zwischen Kommunalverwaltungen, Schulen und Unis unterstützt und Wirtschaftsinvestitionen angestoßen werden.

In eine ähnliche Richtung gehen die Forderungen des Mindener "Bundes für soziale Verteidigung" (BSV). Der Dachverband zahlreicher Friedensinitiativen fordert vom Bundestag, eine zivile Mission von Friedensfachkräften nach Mazedonien zu entsenden. Das Personal sollten Nichtregierungsorganisationen und die OSZE stellen. Der BSV schlägt ein Kontingent von tausend Personen vor. Die zivilen Kräfte könnten nach Ansicht des Verbandes nicht nur klassische Überwachungs-Aufgaben erfüllen, sondern auch vermitteln und "durch Präsenz Eskalationen verhindern". Ähnliche Missionen hätten bereits in anderen Konflikten viel erreicht, etwa in Südafrika, El Salvador oder Kosovo.

Siehe auch das FR Top-Thema

[document info]
Copyright © Frankfurter Rundschau 2001
Dokument erstellt am 20.08.2001 um 21:19:15 Uhr
Erscheinungsdatum 21.08.2001

zurück RundSchau